

Netzaktivismus – neue Formen der Personalisierung und professionellen Bündelung zivilgesellschaft- lichen Engagements*

Sigrid Baringhorst



Foto: privat

Dr. Sigrid Baringhorst ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Siegen. Sie lehrt und forscht insbesondere zu politischer Kommunikation und Partizipation sowie zu Migrations- und Integrationspolitik.

1993 veröffentlichte der in Harvard lehrende Politologe Robert Putnam ein bis heute für die sozialwissenschaftliche Forschung grundlegendes Buch über den Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und Demokratie: „Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy“. Leistungsunterschiede zwischen Regionalverwaltungen in Italien, so sein Befund, seien maßgeblich durch unterschiedliche Traditionen und Ausprägungen des zivilgesellschaftlichen Engagements in den Regionen beeinflusst. Als wichtigsten Faktor für die Effizienz von demokratischen Institutionen identifiziert Putnam nicht das ökonomische, sondern das soziale Kapital. Die regionalen Verwaltungen und demokratischen Strukturen funktionierten in Regionen wie der Emilia Romagna deshalb besser, weil es dort eine intensivere zivilgesellschaftliche Engagementkultur gebe: Zivilgesellschaftliche Vereinsaktivitäten, ob im humanitären oder sozialen, im Sport oder Musikbereich, so seine These, fördern vor allem auch Sozialvertrauen und Gemeinsinn unter den Bürger_innen, und damit die für lebendige Demokratien unverzichtbaren psychosozialen Voraussetzungen und Wertorientierungen. Nun sah Putnam diese für die liberale Demokratie so notwendigen politisch-kulturellen Voraussetzungen schon in den 1990er Jahren, also vor der Verbreitung des Internets, in Gefahr. Wenn Putnam von „media as the culprit“, den Medien als den Schuldigen für den Verlust von Gemeinsinn sprach, meinte er nicht Facebook und Twitter, sondern den Einfluss der kommerziellen Fernsehsender.

Wenn wir der Annahme von Putnam folgen und davon ausgehen, dass zivilgesellschaftliches Engagement, Vereinsleben, Sozialkapital, Sozialvertrauen und Gemeinsinn entscheidende Voraussetzungen der Funktionierens sozialer und liberaler Demokratien sind, so müssen wir angesichts des Medienumbruchs zu digitalen Medien heute fragen, inwiefern eine digitale Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftliches Engagement im Netz ebenso demokratiefördernde politische Kulturen schafft, wie zivilgesellschaftliches Engagement in der analogen, manche sagen auch: der realen Welt.

Bei aller Unterschiedlichkeit digitaler Plattformen und Engagementpraktiken scheinen sich m.E. folgende Veränderungen zivilgesellschaftlicher Kulturen abzuzeichnen:

Misst man Sozialkapital ganz allgemein an der Anzahl von Freunden und Bekannten jedes Einzelnen, so kann man zunächst einmal feststellen, dass, betrachtet man die Vernetztheit in sogenannten *social media*, die Anzahl sozialer Beziehungen von Einzelnen eher gestiegen als

* Der Text basiert auf einem Impulsvortrag im Rahmen der von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Tagung #digidemos: Kongress zu Digitalisierung und Demokratie (20. Juni 2017).

gesunken ist. Diese Vernetztheit, die Anzahl von Followern und Facebook-Freunden, ist die neue Währung, in der die Popularität des einzelnen gemessen wird. Sie ist zugleich die Grundlage für eine virale Medienlogik, nach der Informationen blitzschnell in den Netzwerken der Netzwerke Verbreitung finden. *Über die damit verbundenen Probleme* der mangelnden Überprüfbarkeit von Nachrichten, die oft schwierige Unterscheidung zwischen realen Personen und *social bots* wurde im letzten Jahr viel diskutiert. Bei aller Kritik an den schwachen sozialen Bindungen unter sogenannten Freunden im Netz sollten wir nicht vergessen, dass durch die sozialen Netzwerke auch Hilfsappelle und Solidaritätsaufrufe blitzschnell Verbreitung finden. Gerade in der Katastrophen- und Flüchtlingshilfe der letzten Jahre zeigte sich, dass sich mit Hilfe von Smartphone-Apps und sozialen Netzwerken wie Facebook Wellen von Hilfsbereitschaft entfalten konnten, in denen jenseits klassischer Vereinsstrukturen schnell, unbürokratisch und selbsttätig Hilfe mobilisiert wurde.

Die Stärke der sozialen Medien zeigt sich bezogen auf zivilgesellschaftliches Engagement auch in neuen Finanzierungsmodellen: Crowdfunding und *social businesses*. Crowdfunding kann Finanzierungen für Projekte wie etwa Erfindungen im Umweltbereich ermöglichen, auch wenn eine Kreditaufnahme von Banken verweigert bzw. erst gar nicht gewünscht wird. Crowdfunding hilft den Betroffenen auch insofern, als schon im Vorfeld der Projektrealisierung geprüft werden kann, ob eine Idee, ein soziales oder ökologisches Projekt wirtschaftlich trägt oder nicht.

Verändert hat sich mit den sozialen Medien insbesondere die Mobilisierung zu kollektiven Protestaktionen: Politische Protestpartizipation ist wie politische Partizipation im Allgemeinen abhängig von drei Faktoren: 1. von den Ressourcen, die für die Beteiligung nötig sind, 2. von der Motivation, sich zu beteiligen, und 3. von der Mobilisierung zur Beteiligung. Unter Ressourcen/Kosten sind nicht nur materielle Kosten zu verstehen, im Sinne von Geld, das man etwa braucht, um an einer Veranstaltung an entfernten Orten teilzunehmen. Gemeint sind auch Bildungsressourcen und Zeitressourcen, die ein zivilgesellschaftliches Engagement voraussetzt. Die Ressourcen, die nötig sind, um sich etwa an Protestaktionen zu beteiligen, sind durch die Digitalisierung deutlich gesunken: Das gilt für die vereinfachte Informationsbeschaffung, wie aber auch für die Zeit, die man aufwenden muss, um an einer Aktion, wie etwa einer Protestkampagne gegen TTIP im Netz, teilzunehmen.

Aber auch die Mobilisierung im Sinne der individuellen Ansprache/Aufforderung, mitzumachen, hat sich verändert. Menschen nehmen bekanntlich, selbst wenn sie ein Interesse am Thema haben und das Anliegen des Protests unterstützen, dann nicht an Demos oder anderen Aktivi-

täten teil, wenn niemand sie persönlich anspricht und auffordert teilzunehmen. Zudem steigt die Motivation, wenn man weiß, wer sonst noch hingehet, insbesondere wie viele sonst noch hingehen. Insbesondere die sozialen Netzwerke ermöglichen Organisatoren von Protestaktionen heute eine viel direktere Ansprache von potentiellen Unterstützer_innen und eine kontinuierliche Einbeziehung in die Protestvorbereitung wie auch Protestdokumentation und -nachbereitung. Doch bringt die erleichterte personalisierte Ansprache auch neue Schattenseiten mit sich, wie die Gefahr einer *Überflutung mit Hilfsanfragen und Unterstützungsaufrufen*. Neben dem oft diskutierten *information overflow* gibt es gerade für zivilgesellschaftlich Aktive auch neue Selektionsprobleme, um unter der Vielzahl von Hilfsaufrufen noch sinnvoll und reflektiert individuelle Präferenzen bilden zu können.

Die sozialen Netzwerke im Internet sind territorial ausgedehnter, nicht mehr an räumliche Nähe gebunden, und erlauben eine Echtzeitkommunikation, die die zeitliche Dynamik zivilgesellschaftlichen Engagements extrem beschleunigt hat. Dies lässt sich auch in der Konfliktdynamik etwa in zivilgesellschaftlichen Protesten erkennen. Eine Kehrseite dieser enormen Beschleunigung ist der damit verbundene Mangel an Zeit für den intensiven Austausch von Argumenten. Demokratie braucht bekanntlich Zeit. Dies gilt auch für deliberative Abstimmung im Rahmen von sozialen Engagementprojekten und politischen Protesten.

Besonders fraglich ist, ob die Annahme von Putnam zum Zusammenhang von Sozialkapital und Vertrauen auf die Folgen der sozialen Vernetztheit in den sogenannten sozialen Medien überhaupt *übertragbar ist*. Technische Vernetzung, etwa die Verlinkung von Webseiten, sagt an sich noch nichts über die sozialen Beziehungen unter den Akteuren aus, die sich verlinken. Ich würde sogar umgekehrt so weit gehen zu behaupten, dass die soziale Vernetzung in den sozialen Medien eher Misstrauen als Vertrauen fördert. Dies muss bezogen auf die Folgen für die Demokratie nicht unbedingt problematisch sein. Misstrauen kann durchaus die Demokratie stärken, etwa wenn Bürger_innen die sozialen Medien nutzen, um direkt demokratische Kontrolle auszuüben. Vor der Digitalisierung wurde die Aufgabe des kritischen *Watchdogs*, neben der parlamentarischen Opposition, vor allem den Massenmedien, allen voran der Presse, zugeschrieben. Heute ist der Bürger selbst zum *Watchdog* geworden, wie etwa die Entwicklung der Guttenberg-Affäre sowie die nachfolgenden Skandalisierungen von Plagiaten von Politikern anschaulich belegen.

Einerseits nimmt mit der Digitalisierung die Gefahr von staatlicher Überwachung und der Datenausbeutung durch kommerzielle Unternehmen immens zu, anderer-

seits sind aber auch die Chancen der Bürger_innen, staatliche Akteure gewissermaßen zu „unterwachen“ deutlich gestiegen. Selbst kleinste Normverletzungen werden blitzschnell registriert und an den digitalen Pranger gestellt. Aus digitalen Unterwachungsaktionen, wie etwa aus der Dokumentation illegitimer Übergriffe von Polizisten gegenüber Schwarzen in den USA, können durchaus schlagkräftige und dauerhaft agierende soziale Bewegungen wie etwa die der #BlackLivesMatter entstehen. Misstrauen und Kontrolle gegenüber staatlichen Akteuren sind nicht prinzipiell demokratischschädlich. Doch besteht zugleich die Gefahr, dass das Vertrauen in Parteien und Parlamente so stark sinkt, dass eine kritische Schwelle des Systemvertrauens unterschritten wird. Zudem steigt mit dem Misstrauen gegenüber politischen Organisationen auch die Tendenz zu herabwürdigenden persönlichen Angriffen, zur Denunziation und üblen Nachrede. In sozialen Netzwerken, in denen sich Bürger_innen ständig selbst zu Richter_innen erheben, ist es schwer, ein Klima des Vertrauens und gegenseitigen Respekts zu entwickeln.

Putnam begründete die demokratieförderliche Wirkung zivilgesellschaftlichen Engagements, wie gesagt, mit dem im Vereinsleben entstehenden Sozialvertrauen und Gemeinsinn. Die Rolle von Vereinen für zivilgesellschaftliches Engagement muss im Lichte der Digitalisierung m.E. jedoch in vielerlei Hinsicht neu betrachtet werden:

- Organisationen sind prinzipiell für die Mobilisierung kollektiven Handelns, sei es eine Protestkampagne im Netz oder die Mobilisierung konkreter Hilfe vor Ort, weniger wichtig. Empörungswellen wie Hilfsaktionen lassen sich im Netz wegen der erwähnten Senkung von Transaktionskosten und aufgrund der viralen Logik der Verbreitung von Informationen im Netz auch weitgehend spontan und unorganisiert mobilisieren. Wie aber sollen durch Cloud- oder Hashtag-Proteste Sozialvertrauen und Gemeinsinn, Gefühle der Zugehörigkeit und damit verbunden Normen und Praktiken der Gegenseitigkeit entstehen?
- In gewisser Hinsicht wird der Mangel an persönlicher Verbindlichkeit von Interaktionen im Internet durch eine neue Kultur der Sichtbarkeit bzw. des Sich-Sichtbarmachens kompensiert. Das gilt für Sozialbeziehungen im Netz allgemein, wird aber besonders deutlich in zunehmend individualisierten kollektiven Solidaritätsaktionen. Ein Trend zum ‚me going public‘, zur visuellen Dokumentation persönlicher Bekenntnisse wie Engagementbeteiligungen, zeigt sich nicht nur in der öffentlichen Kommunikation kritischer konsumbezogener Lebensstilpraktiken, sondern auch bei der viralen Verbreitung von Solidaritätsappellen. Beliebt sind in den sozialen Netzwerken vor allem witzige Soli-Aktionen und über starke Bilder/Videos mobilisierte humanitäre

Solidaritätsappelle. Im Zuge der Verbreitung eines mobilen Engagements mit dem Smartphone, gewissermaßen eines ‚Engagements for to Go‘, ist die Verbreitung von Selbstbildern vor wechselnden Hintergründen zu einem charakteristischen formalen Element der politischen Selbstdarstellung geworden („Selfie-Protest“).

- Verglichen mit der 68er Generation, in der nahezu alles politisch aufgeladen wurde, ist zivilgesellschaftliches Engagement gegenwärtig pragmatischer, weniger ideologisiert und auf die Erzeugung von Gefühlen einer aus dem praktischen Handeln erwachsenden Selbstwirksamkeit gerichtet. Dies zeigt sich einerseits in einer Tendenz zu alltagsbezogenen Engagementpraktiken. So hat sich eine Vielzahl innovativer konsumbezogener Engagementprojekte herausgebildet, die wesentlich erleichtert werden durch die verbesserten Informations-, Vernetzungs-, Tausch- und Kollaborationsmöglichkeiten im Netz: Neben Projekten des Tauschens und Teilens, Mietens und Verleihens, des Recyclens, Reparierens und der Abfallvermeidung gibt es auch zahlreiche Plattformen, die die kollaborative Herstellung gemeinschaftlicher Güter wie etwa in *Urban Gardening*-Projekten unterstützen.
- Im Internet sind neue einflussreiche Organisationen bzw. Plattformen entstanden, die Präferenzen von Bürger_innen in neuen Formen der Bürgerpetition oder Protestkampagne bündeln. Auch wenn in den kommunikativen Räumen des *Social Web* kreative Eigenleistungen dank Photoshop und anderer neuer Software relativ leicht erbracht werden können, ist nicht davon auszugehen, dass sich hinsichtlich des Gesamtaktivitätsaufkommens die Partizipationspyramide wesentlich umkehren wird. Auch an der sozialen Ungleichheit zivilgesellschaftlicher Partizipation ändert sich durch das Internet, abgesehen von einem Bias zugunsten jüngerer User, wenig. Der entscheidende Vorteil der Netzkommunikation besteht vielmehr darin, dass die vielen oft wenig aufwendigen Einzelbeiträge durch Praktiken der viralen Zirkulation schnell und flexibel zu höchst wirkungsvollen Protestaktionen gebündelt werden können. Diese Bündelung erfolgt heute zunehmend über spezielle Aggregatoren zivilgesellschaftlichen Protests. Zivilgesellschaftliche Petitions- und Kampagnenplattformen sind zu wichtigen professionell arbeitenden Anbietern von Protestaufrufen geworden. Zeitlich orientiert an den Gelegenheitsfenstern parlamentarischer Entscheidungsstrukturen und massenmedialer Berichterstattung gelingt es etwa Campact nicht selten, in kürzester Zeit massenhaft Unterschriften zu gewinnen, die auch von der etablierten Politik als Sprachrohre zivilgesellschaftlichen Protests wahrgenommen werden.

Im *Social Web* agieren Bürger_innen in der Regel aus einer privaten Handlungs- wie Reflexionssphäre heraus. Sie handeln weitgehend unorganisiert und ohne kollektive Identitäten auszubilden. Kampagnenplattformen und *Web Communities* ermöglichen es ihnen, mit geringem Aufwand Position zu beziehen, agonistisch zu werden, wenn sie es für erforderlich halten. Auch wenn die Beteiligung an elektronischen Petitionen oft als „Slacktivismus“ (Faulenzeraktivismus) kritisiert wird, sollte deren wachsender Einfluss auf die politische Meinungsbildung nicht unterschätzt werden. Wie aber gelingt es Plattformen wie Campact und Change.org, in kürzester Zeit massenhafte Unterstützung zu generieren? Nach welchen Kriterien, Datenerhebungs- und Testpraktiken priorisieren und gestalten sie Kampagnenaufrufe? Welche unserer Daten werden erfasst und archiviert? Inwiefern tragen Petitionsplattformen zu einer Fragmentierung und Privatisierung politischer Öffentlichkeiten bei, und positiv gewendet, inwiefern können sie in Zeiten einer fortschreitenden Individualisierung kollektiven Handelns ein gemeinschaftliches, zivilgesellschaftliches Handeln, das über eine bloße Politik mit dem Mausklick hinausgeht, fördern? Und – last but not least – wäre zu diskutieren, wie sich in Folge der Digitalisierung und der Entstehung digitaler Konkurrenten der Wettbewerb unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst verändert. Wird es eine neue Hierarchie unter den Vereinen geben, wo sich die einen teure Datenanalysten leisten können, um professionelle Zielgruppenansprache zu betreiben, und die anderen die zivilgesellschaftliche Kernerarbeit vor Ort leisten? ■